Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Mk. Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonntagsnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 14064. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 34 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 60 Goldpfennig, für die 79 mm breite Zeile im Redaktionsteile 60 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierige Sätze und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsdruck Umrechnung nach feststehender Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg i. S. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Riegert, Frankenberg

№ 124 — Dienstag den 1. Juni 1926 nachmittags — 85. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Nach der Ablehnung der Wahl zum Staatspräsidenten durch Pilsudski fanden am Montag den ganzen Tag über Beratungen der Sejmfraktionen statt. Eine Entscheidung konnte bisher nicht getroffen werden. Die Lage ist sehr verworren.

In Warschau fanden gestern riesige Kundgebungen für Pilsudski statt, die den Marschall in seinem Beschlusse jedoch nicht wankend machen konnten.

Der polnische Finanzminister hat alle Mitglieder des Verwaltungsrates der staatlichen Landwirtschaftsbank wegen Bestechung und Korruption ihrer Aemter enthoben. Der Finanzminister hat die Ausgabe von neuen Staatskassenscheinen in Höhe von 30 Millionen Zloty angeordnet. Dadurch wird der bisherige Weg der Inflation in Polen weiter beschritten.

Der heutigen Kammersitzung wird in Pariser politischen Kreisen mit großer Spannung entgegengesehen, da sie die Entscheidung über die künftige Mehrheit des Kabinetts Briand bringen muß. Die Radikalsozialisten haben sich in eine regierungstreue und eine oppositionelle Gruppe gespalten. Der linke Flügel hat einen Interpellationsantrag eingebracht, der die sofortige Erörterung der Finanzfrage fordert.

Präsident Coolidge hat eine neue große Rede über die europäische Politik und über das Verhältnis Amerikas zu Europa gehalten.

Nach der Unterwerfung Abd el Krims werden die kämpfenden Rifkabylen nunmehr von dessen Bruder befehligt.

Briand und Chamberlain werden wahrscheinlich persönlich an der Juni-tagung des Völkerbundes teilnehmen.

England hat weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Kohlennot getroffen.

Lettland und Estland übermittelten der Sowjetregierung ihre Antwort auf das Garantiepaktangebot.

Rußland hat im Hinblick auf die polnischen Ereignisse die Manöver an der Westgrenze verschoben.

Die österreichische Regierung hat die Gehaltsforderungen der Beamten abgelehnt.

Vom Reichskabinett wird ein neuer diplomatischer Schritt bei den Besatzungsmächten wegen der Herabsetzung der Truppenstärke im besetzten Gebiet geplant. Ein Kabinettsrat befaßte sich am Montag mit laufenden Arbeiten.

Der Verteidigungszustand Amerikas und das Verhältnis Amerikas zu Europa

Eine Rede des Präsidenten Coolidge

Neuyork, 31. 5. Bei der Einweihung des Ehrenfriedhofes in Arlington in der Nähe Washingtons hielt Präsident Coolidge heute eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte: Amerika habe niemals eine besser ausgerüstete Armee und eine wirksamere Flotte besessen als heute. Das gesamte Heerwesen und die gesamte Flottenmacht würden auch weiter den Bedürfnissen Amerikas entsprechend ausgebaut werden. Amerika dürfe seine nationale Sicherheit und seine nationale Verteidigung nicht vernachlässigen. Amerika habe, ohne sich dadurch aber in die Angelegenheiten anderer Nationen verwickeln zu lassen, seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, bei der Einsetzung von Schiedsgerichten mitzumachen. „Kein Wissender kann bezweifeln," so erklärte Coolidge wörtlich, „daß es im weiten Ausmaße Europas wirtschaftliche Verhältnisse waren, durch die die unter allerstärkstem Wirtschaftsdruck stehenden Länder Europas kopfüber in den Weltkrieg hineingetrieben worden sind." Diese Länder waren durch Wettrüsten in Anspruch genommen. Wenn ein Land einen Schiffskiel legte, so hielt das Nachbarland die Kiellegung von zwei Schiffen für notwendig, wenn ein Land ein Regiment aushob, so stellte das Nachbarland deren drei auf. Die ganzen Völker Europas waren bewaffnet und gedrillt und trainiert zum Schaden ihres industriellen Lebens. Die europäischen Nationen waren besteuert und verschuldet bis zur Unerträglichkeit. Sie stöhnten unter dieser Last und suchten von diesem unausstehlichem Druck sich zu befreien, indem eine die andere ausplünderte. Amerika schlug die Konferenz von Washington vor, beteiligte sich an den Konferenzen von Genf und tat alles in der Absicht, an der Verhinderung künftiger Kriege mitzuhelfen. Amerika erwartet von der Abrüstungskonferenz in Genf einige praktische Ergebnisse. Wir möchten glauben, daß andere Nationen sich uns anschließen, daß sie Haß und Mißtrauen soweit fallen lassen, daß sie unter sich selbst zu einer Einigung kommen. Diese Einigung ist eine Notwendigkeit für die ganze Welt. Sie wird gebraucht, um die militärischen Kräfte zu Wasser und zu Lande in allen Ländern der Welt verringern zu können. Europa hat doch einen Völkerbund und dieser Völkerbund müßte fähig sein, den Ländern Europas gewisse politische Garantien zu geben, auf die wir allerdings kein Gewicht zu legen brauchen. Wir Amerikaner können aber nicht umhin, deutlich unsere Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß die europäischen Nationen Rüstungsbeschränkungen dringend benötigen. Amerika hat durch seine Kreditpolitik nicht nur Verpflichtungen eingelöst, die es im Namen der Menschlichkeit hatte, sondern es hat durch diese Politik auch in seinen Handelsbeziehungen wesentlich profitiert.

Nationale Diktatur in Portugal?

Ausschaltung des Parlaments gefordert

Marsch auf Lissabon

Berlin, 31. 5. Die hiesige portugiesische Gesandtschaft ist in der zweiten Mittagsstunde in den Besitz eines amtlichen Telegramms über die Regierungsumwälzung in Portugal gelangt. Dem Telegramm zufolge hat der Präsident der Republik dem einmütigen Drängen von Armee und Flotte stattgegeben und einer provisorischen Regierung unter Ausschaltung der Zuziehung von Parlamentariern zugestimmt. Die außenpolitischen Beziehungen Portugals würden durch diese Systemänderung nicht berührt.

Rotterdam, 31. 5. Laut dem „Courant" meldet das Pariser „Journal" aus Lissabon: Die aufständischen Truppen, die 90 Kilometer vor Lissabon stehen, treffen Vorbereitungen, den Marsch auf Lissabon trotz Rücktritts der Regierung fortzusetzen. Für Portugal ist nach dem Siege der Aufständischen der Faschismus in unmittelbare Nähe gerückt. Eine der Hauptforderungen der Offiziersliga ist die Ausschaltung des Parlaments und die Einführung der nationalen Diktatur, wie sie in Spanien besteht.

Bei den Kämpfen in Oporto hat es dem Pariser „Herald" zufolge mehr als 30 Tote und viele Verwundete gegeben.

Lissabon, 31. 5. Der Präsident der Republik hat den Führer der revolutionären Bewegung, Major Cabecadas, mit der Bildung der neuen Regierung betraut.

Konjunktur-Rundschau

Von Albertus.

(Nachdruck verboten.)

Zwei Ereignisse außerdeutschen Ursprungs haben im Verlaufe des Monats Mai die deutsche Wirtschaft, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar, erheblich beeinflußt: die englische Streikbewegung und die Währungszerrüttung der lateinischen Valuten. Der rasche Zusammenbruch des englischen Generalstreiks bedeutete allerdings weltwirtschaftlich gesehen eine Entspannung. Die Fortführung des englischen Bergarbeiterstreiks führte dann zu vermehrten deutschen Kohlenlieferungen nach Südamerika und Skandinavien und überhaupt zum Abschluß langfristiger Kohlenkontrakte. Diese Vorteile dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Aussichten für die deutsche Warenausfuhr nach England verschlechtert haben, da infolge der geschwächten Kaufkraft die englische Aufnahmefähigkeit für industrielle Produkte nachlassen wird.

Stärker als in den Vormonaten trat im Mai der Verfall der Devisen in Paris, Brüssel und Rom in die Erscheinung. Seit Jahresbeginn büßte die französische Währung fast 20 Prozent, die belgische 30 Prozent und die italienische über 5 Prozent ihres Wertes ein. Das verschärfte Tempo des Währungsverfalls dürfte in den betroffenen Ländern den Wunsch nach Stabilisierung verstärken. Am schwersten haben die Schwerindustrie und die Textilindustrie unter dem Valutendumping zu leiden. Andererseits suchen die die unstabilen Wirtschaften fliehenden Kapitalien Anlage in erstklassigen deutschen Aktienwerten.

Während in den Siegerstaaten Streik und Währungszerrüttung die Oberhand haben, ist eine langsame Konsolidierung der innerdeutschen Wirtschaftslage nicht zu verkennen. Besonders deutlich vollzieht sich diese in der Großindustrie. Hier ist die große Umstellungsbewegung weiter im Fortschreiten begriffen: so steht die Fusion der 85 Werke des Wintershall-Konzerns mit der Kali-Industrie A.-G. in Kassel bevor. Die innere Durchorganisierung und Arrondierung des Rheinisch-Westfälischen Stahltrusts ist durch die Uebernahme einer Anzahl früher der Stumm-Gruppe zugehörenden Kerngesellschaften ein neues Stück vorwärts gekommen. Die in aller Stille geführten Vorarbeiten zur Schaffung einer Elektro-Kombination (Zusammenlegung der Fabrikation, rationellste Stromversorgung durch Großkraftwerke) vervollständigen in großen Zügen das Bild einer auf konsequente Durchführung des ökonomischen Prinzips eingestellten Wirtschaftsentwicklung.

Die Lage an den internationalen Warenmärkten ist als ungleichmäßig zu bezeichnen. Die monatelange Abwärtsbewegung ist etwas zum Stillstand gekommen und hat eine teilweise leichte Erholung der Rohstoffnotierungen bewirkt. Die amerikanischen Getreidenotierungen konnten sich zumeist weiter leicht befestigen. Auch die deutschen Notierungen waren etwas fester. Der Wollmarkt lag behauptet, Baumwolle war preishaltend, um gegen Monatsende etwas anzuziehen. An den Metallmärkten sind durchweg Preisabschläge eingetreten, die sich jedoch bis auf Zinn in mäßigen Grenzen hielten. Der Gummimarkt befestigte sich anfangs, um schließlich erneut zu ermatten. Die Notierungen schwankten zwischen 20—22 d gegen 22—24 d im Vormonat.

Der leichte Rückgang der Erwerbslosenziffern setzte sich auch im Mai fort. Gegenüber den Höchsterwerbslosenziffern von Mitte Februar und Anfang März ist die Zahl der Vollarbeitslosen um 15 Prozent, die der Zuschlagsempfänger sogar um rund 25 Prozent zurückgegangen. Eine leichte Besserung zeigen die chemische Industrie, das Bekleidungsgewerbe, sowie die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel. Dagegen hat sich die Lage im Metallgewerbe und in der Werftindustrie weiter verschärft. Die Anzahl der Insolvenzen ist merklich im Abflauen und bestätigt das immer schärfere Abklingen der Krisenperiode.

In der Lage der Schlüssel-Industrien ist noch keine grundlegende Aenderung zu verzeichnen, wenn auch verschiedentlich Ansätze zu einer hoffnungsvolleren Beurteilung zu erblicken sind. Der Wintershall-Konzern hat seit dem 1. Mai über einen Teil seiner Werkanlagen Betriebsruhe verhängt, um das Riesenkaliwerk Merkers rationell ausnützen zu können. Im Rheinisch-Westfälischen Industrierevier sind neue Schließungen und Betriebseinschränkungen erfolgt. Weitere Betriebseinschränkungen sind insbesondere bei Harpen, Krupp und Deutsch-Luxemburg vorgesehen. Die Roheisen- und Rohstahlgewinnung war mit 7—8% gegen den Vormonat rückläufig. Die Aktivität der Handelsbilanz ermäßigte sich von 278 Millionen im März auf 56 Millionen im April, zu welchem Ergebnis saisonmäßige Einflüsse sowie die stärkere Weizeneinfuhr beitrugen.

Eine weitere Besserung der Geschäftslage ist in der Auto-Industrie, in der Stickstoff- und Teilen der Chemischen Industrie sowie in einigen Zweigen der Textilgewerbe festzustellen. So hat sich die Beschäftigung in der Kunstseiden-Industrie dank des Eingangs größerer Auslandsaufträge kräftig gebessert. Die Lage der Elektrizitäts- und besonders der Schwachstrom-Industrie ist andauernd günstig; auch das Auslandsgeschäft der Elektro-Industrie ist in weiterem Ansteigen begriffen. Um der prekären Lage der Landwirtschaft zu steuern, will die Reichsbank in Vorsorgung für die neue Ernte einen Getreidelombard einführen derart, daß zirka 60 Prozent der abgelieferten Getreidemengen bevorschußt werden sollen, ohne daß die Landwirtschaft in der Disposition über den endgültigen Verkauf ihres Getreides dadurch beschränkt werden würde.

Der Geldmarkt verfügt nach wie vor über eine große Flüssigkeit, trotzdem die Anleihe- und Pfandbriefemissionen seit Januar den Betrag von einer Milliarde überschritten haben. In Erwartung einer Umschaltung dieser Kapitalmengen in den Produktionsgang lag es nahe, daß die großen Geldgeber zurückhaltender wurden. Hieraus erklärt es sich auch, daß die Sätze für Tages- und Monatsgeld gegen den Vormonat fast keine Aenderung erfahren haben: Monatsgeld wird zwischen 5,25 bis 6 Prozent, Tagesgeld zwischen 3,5 bis 5,5 Prozent gehandelt. Der Privatdiskont ist seit dem 17. Mai auf 4,62 Prozent ermäßigt worden. Bankgrierte Warenwechsel notierten 5,25 Prozent gegen 5,5 Prozent im Vormonat. Der Ruf, Kreditdisziplin zu üben, hat zusammen mit der abwärts gerichteten Entwicklung der Zinssätze ein Abflauen der Emissionstätigkeit bewirkt. An Stelle des 8prozentigen Zinstyps beginnt allmählich der 7prozentige Verzinsungstyp zu rücken, mit dem im Pfandbriefgeschäft bereits günstige Erfolge erzielt wurden.

Auf den Rückschlag im April folgten im Mai wieder wesentlich festere und lebhaftere Börsen, wobei auch Käufe ausländischer Interessentengruppen wiederholt die Kursbewegung entscheidend beeinflußten. Die Steigerungen beschränkten sich hauptsächlich auf Spezialwerte, wie Elektro-, Farb- und Montanaktien, später auch Bankenwerte. Die im Zuge befindlichen Transaktionen teils organisatorischer, teils finanzieller Natur und die guten Rentabilitätsaussichten vor allem für Bank- und Elektrowerte ließen gegen den Vormonat Rheinstahl von 92 auf 115 Prozent, J. G. Farben-Industrie von 147 auf 185 Prozent und Siemens & Halske von 127 auf 160 Prozent avancieren.

Der Großhandelsindex des statistischen Reichsamtes ist von 119 am 24. März auf 123,2 am 26. Mai gestiegen und zwar stellten sich die Preise für

	Agrar-	Industriestoffe
am 24. März	114,4	127,6
am 21. April	122,5	124,5
am 26. Mai	122,9	123,8

Der Rückgang der Industriestoffe hat sich weiter fortgesetzt und geht in erster Linie auf die Preisbewegung der Textilroh- und Halbstoffe zurück. Dagegen weisen die Agrarerzeugnisse infolge der eingetretenen Steigerungen der Getreidepreise Erhöhungen auf.

Die Absage Pilsudskis

Warschau, 31. 5. Das Schreiben, in dem Marschall Pilsudski dem Sejmmarschall Rataj seinen Entschluß mitteilt, die Wahl zum Staatspräsidenten nicht anzunehmen, sagt u. a., seine, Pilsudskis Ablehnung begründe sich zunächst damit, daß er nicht einstimmig wie seiner Zeit im Februar gewählt worden sei. Er sei dankbar für die Ehre, die ihm zweifellos in Anerkennung seiner für das Vaterland erworbenen Verdienste durch die Wahl zum Staatspräsidenten zu Teil geworden sei. Er könne aber nicht mit halbem Vertrauen regieren. Er verweise auf das Schicksal des ehemaligen Präsidenten Narutowicz, der ermordet wurde. Außerdem habe ihm das am 28. dieses Monats auf seine unmündigen Kinder verübte Attentat außerordentlich erschüttert und ihm in seinem Entschluß, zu verzichten bestärkt. Schließlich sei er auch der Ueberzeugung, daß er als Staatspräsident nicht diejenige Möglichkeit haben werde, so zu arbeiten, wie er beabsichtige.

Gute Wahlaussichten für den Kandidaten Pilsudskis

Warschau, 31. 5. Am Montag fanden den ganzen Tag über Beratungen der Sejmfraktionen statt, in denen man versuchte, einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu finden. Die Piasten-Partei wandte sich an den Sejmmarschall mit der Bitte, er möge am Dienstag kandidieren. Rataj lehnte jedoch mit der Erklärung ab, daß es sein einziger Wunsch sei, daß am Dienstag alle Parteien einstimmig den Kandidaten Pilsudskis, Professor Moszicki, wählen mögen, der in Polen großes Ansehen genieße. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, haben die Rechtsparteien beschlossen, am Dienstag wieder für ihren Kandidaten Bninski zu stimmen. Die Linksparteien werden einstimmig für Professor Moszicki stimmen. Die Juden haben beschlossen, am Dienstag ihren eigenen Kandidaten aufzustellen, nämlich Professor de Bourdenet, der als Verteidiger der nationalen Minderheiten bekannt ist. In den politischen Kreisen Warschaus nimmt man an, daß der Kandidat Pilsudskis, Professor Moszicki, gewählt wird.

SLUB
Wir führen Wissen.